

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Riegert, Eberhard Gienger,  
Stephan Mayer (Altötting), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
sowie der Abgeordneten Joachim Günther (Plauen), Dr. Lutz Knopek, Gisela Piltz,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 17/5779 –**

### **Klima- und Umweltschutz im und durch den Sport stärken – Für eine verantwortungsvolle Sportentwicklung in Deutschland**

#### **A. Problem**

Die Umwelt ist für den Sport nicht bloßer Raum für Bewegung, sondern gestalterische Lebenswelt. Der sporttreibende Mensch wirkt, wie bei anderen Formen seines Handelns, aktiv und bewusst auf die Natur als einen Gestaltungsraum ein. Dabei hat der aktive Sport (z. B. der Leistungssport), aber auch der passive Sport (z. B. als Sportzuschauer im Stadion) einen Einfluss auf die Umwelt. Freizeit- und Massensport, werden häufig in ein Spannungsverhältnis zum Umweltschutz gestellt, was der Komplexität mit diversen Zusammenhängen und Wechselwirkungen meist nicht gerecht wird. Die Umwelt ist für den Sport nicht Ressource, sondern vor allem Partner. Damit man einander im Sport begegnen kann, bedarf es eines nachhaltigen Gleichgewichtes zwischen Nutzung und Schutz von Natur und Umwelt. In diesem Sinne werden schon seit langem zahlreiche Anstrengungen durch die Bundesregierung in Kooperation mit den Sportverbänden, den Vereinen und den Sporttreibenden unternommen – diese Anstrengungen heißt es weiter zu unterstützen und voranzubringen. Im Zusammenhang mit Sport spielt auch das Thema Lärm eine wichtige Rolle. Hierfür sollten neue Grenzwerte und Öffnungszeiten festgelegt werden. Der Sport kann einen ungezwungenen Zugang zur Natur – vor allem für junge Menschen – bedeuten. Mit Blick auf das viel konstatierte, abnehmende Bewegungsverhalten von Kindern und Jugendlichen bietet die Natur einen beinahe unerschöpflichen Bewegungs-, Bildungs-, Erholungs- und Erlebnisraum. Der Sport kann in den Handlungsfeldern Umweltbildung und Umweltkommunikation, energieeffiziente Sportanlagen, alternative Mobilitätskonzepte und umweltfreundliche Verkehrssteuerung sowie klimaverträgliche Sportveranstaltungen wichtige Beiträge für einen zeitgemäßen Umwelt-, Natur- und Klimaschutz leisten. Der Klima- und Umweltschutz ist weltweit einer der bedeutendsten Herausforderungen unserer Zeit. Dabei kann der Sport einen wichtigen Beitrag leisten. Die Umwelt macht an keinen Landesgrenzen halt, wie auch der Sport als gesellschaftliche Bewegung diese längst überwunden hat. Der organisierte Sport in

Deutschland setzt mit seinen Programmen zu Umwelt- und Klimaschutz und mit seinem Engagement zu internationalen Sportgroßveranstaltungen zukunftsweisende Maßstäbe, um einen Sport im Einklang mit der Natur zu ermöglichen. Dies wurde insbesondere bei der Bewerbung Münchens um die Austragung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 mit dem umfangreichen Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzept deutlich. Hierbei ist der organisierte Sport auf die Unterstützung und aktive Begleitung durch die Politik angewiesen.

**B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Ablehnung des Antrags.

**D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/5779 anzunehmen.

Berlin, den 26. Oktober 2011

### **Der Sportausschuss**

**Dagmar Freitag**  
Vorsitzende

**Klaus Riegert**  
Berichterstatter

**Martin Gerster**  
Berichterstatter

**Dr. Lutz Knopek**  
Berichterstatter

**Katrin Kunert**  
Berichterstatterin

**Viola von Cramon-Taubadel**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Klaus Riegert, Martin Gerster, Dr. Lutz Knopek, Katrin Kunert und Viola von Cramon-Taubadel

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/5779** in seiner 112. Sitzung am 27. Mai 2011 beraten und an den Sportausschuss zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ausschuss für Gesundheit, Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert,

- die Umweltbildung und Umweltkommunikation bei Kindern und Jugendlichen, z. B. im Rahmen von nationalen, europäischen und internationalen Sportveranstaltungen und Austauschprogrammen sowie zu den Olympischen Jugendspielen zu verstärken sowie das Verständnis der Vereinbarkeit von Sport und Natur zu fördern,
- das Beratungsangebot für Sportvereine zum Bau, Erhalt und zur Sanierung von Sportanlagen bezüglich der Umweltsituation (Anlagenbedarf und Naturverträglichkeit), mit Blick auf Öko-Checks und sportartspezifische Handlungsempfehlungen weiter zu unterstützen,
- den Sport als wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Faktor wissenschaftlich weiter zu untersuchen und dabei an die durch das Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) geförderten Projekte, z. B. zum Satellitenkontosport oder zur Impactforschung von Sportevents, anzuschließen,
- nach dem durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) erfolgreich geförderten Projekt „Klimaschutz im Sport“ das Engagement des Sports im Bereich des Erhalts der biologischen Vielfalt zu unterstützen und zu bestärken,
- das von den Vereinten Nationen auserufene „Internationale Jahr der Wälder“ im Sinne des Erhalts der Biodiversität, des Bodenschutzes sowie des Erhalts einer gesunden Waldstruktur als Chance zu begreifen und eine direkte Verbindung zum naturfreundlichen Sport herzustellen,
- den organisierten Sport und die Tourismuswirtschaft bei der vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) verfolgten „Waldstrategie 2020“ einzubinden bzw. zu beteiligen, um fachspezifische Kenntnisse im Breiten- und Freizeitsport und im Tourismus zu nutzen,
- angesichts diverser nationaler und internationaler Sportveranstaltungen und dessen touristischer Vermarktung sowie angesichts vieler sportlich motivierter Reisen einen Preis für besonders gute Beispiele auszuloben, die umweltfreundliche Sportangebote mit dem Tourismus verbinden,
- das bürgerschaftliche Engagement im Sport, unter anderem mit Blick auf ökologische Aspekte und Tätigkeitsbereiche, zu bewerben bzw. zu fördern,
- bei der Förderung von Sportanlagen durch den Bund die Faktoren des Umwelt- und Klimaschutzes entsprechend neuen Standards weiter zu berücksichtigen und damit zu einem nachhaltigen Sportstättenbau in Deutschland beizutragen,
- Rechtssicherheit zu schaffen bei der Lärmbeurteilung von sogenannten freien Jugendeinrichtungen, wie z. B. Bolzplätzen, Skate- und Basketballanlagen, durch die Aufnahme von neuen, nicht zu engen Immissionsrichtwerten und Öffnungszeiten in die Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV),
- bei der Sensibilisierung zum Thema „Mobilität“ den organisierten Sport zu unterstützen und dabei auf die Vorteile von klimafreundlichen Verkehrsmitteln sowie Möglichkeiten der Kompensation von CO<sub>2</sub>-Emissionen aufmerksam zu machen,
- sich bei der Bewerbung um Sportgroßveranstaltungen in Deutschland, wie z. B. bei der Bewerbung Münchens um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018, für analoge Konzepte zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, des Klimas sowie für eine nachhaltige Sport- und Regionalentwicklung einzusetzen,
- sich bei Sportgroßveranstaltungen in Deutschland entsprechend den Umweltkonzepten „Green Goal“ der Fußballweltmeisterschaft 2006 oder der FIFA-Frauen-WM 2011 für eine Vermeidung und Kompensation von CO<sub>2</sub>-Emissionen stark zu machen sowie öffentlichkeitswirksam für eine stärkere Akzeptanz und Sensibilisierung der Bevölkerung einzutreten,
- den Dialog zwischen der Bundesregierung, den Bundesländern, den Bundessportfachverbänden, den Verbänden der Eigentümer und Nutzer wie auch den beteiligten Sport- und Umweltorganisationen weiter konstruktiv fortzuführen, um unter anderem Konzepte zum Abbau des Sanierungsstaus bei Sportanlagen zu entwickeln.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat zu der Vorlage 17/5779 kein Votum abgegeben.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage 17/5779 in seiner 46. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt Annahme. Für die Vorlage haben gestimmt: CDU/CSU, FDP. Stimmenthaltungen: SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage 17/5779 in seiner 42. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt Annahme. Für die Vorlage haben gestimmt: CDU/CSU, FDP. Stimm-

enthaltungen: SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage 17/5779 in seiner 41. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt Annahme. Für die Vorlage haben gestimmt: CDU/CSU, FDP. Stimmenthaltungen: SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage 17/5779 in seiner 43. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt Annahme. Für die Vorlage haben gestimmt: CDU/CSU, FDP. Gegen die Vorlage hat gestimmt: SPD. Stimmenthaltungen: DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage 17/5779 in seiner 42. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt Annahme. Für die Vorlage haben gestimmt: CDU/CSU, FDP. Stimmenthaltungen: SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage 17/5779 in seiner 45. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt Annahme. Für die Vorlage haben gestimmt: CDU/CSU, FDP. Gegen die Vorlage hat gestimmt: SPD. Stimmenthaltungen: DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage 17/5779 in seiner 34. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt Annahme. Für die Vorlage haben gestimmt: CDU/CSU, FDP. Gegen die Vorlage hat gestimmt: DIE LINKE. Stimmenthaltungen: SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage in seiner 34. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt in seiner 39. Sitzung am 26. Oktober 2011 die Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

##### Fraktionen der CDU/CSU und FDP:

Der Klima- und Umweltschutz ist weltweit eine der bedeutendsten Herausforderungen unserer Zeit. Dabei kann der Sport einen wichtigen Beitrag leisten. Das Treffen, der Kontakt und Austausch von Menschen und Gesellschaften durch den Sport auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene kann als eine große Chance zur Förderung des Umwelt- und Klimaschutzes gesehen werden. Der Sport kann, neben der Umweltbildung und der Umweltkommunikation als didaktische Mittel, weiterhin vor allem in den Bereichen energieeffizientere Sportstätten und Sportanlagen, bei alternativen Mobilitätskonzepten und umweltfreundlichen Verkehrsmitteln sowie klimaverträglichen Sportveranstaltungen einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten. Der organisierte Sport ist beim Umwelt- und Klimaschutz auf die Unterstützung und aktive Begleitung durch die Politik angewiesen. Eine nachhaltige Sportentwicklung in Deutschland kann nur zusammen mit allen Beteiligten gemeinsam verfolgt werden. Eine dem Grundsatz der „Wahrung der Schöpfung“ folgende, christlich liberale Sportpolitik unterstützt den organisierten Sport auch künftig kraftvoll bei den gemeinsamen Heraus-

forderungen, um den Klima- und Umweltschutz im und durch den Sport weiter voranzubringen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stimmt dem Grundanliegen, Klima- und Umweltschutz zu stärken, durchaus zu. Über den Sport ist es möglich, Fragen des Klima- und Umweltschutzes zu kommunizieren, um die rund 27,5 Millionen Menschen, die Mitglied in einem Sportverein sind, für diese Probleme zu sensibilisieren. Es ist aber auch dringend geboten hier zu handeln, denn die meisten der etwa 210 000 Sportanlagen sind aufgrund ihres baulichen Zustands sowie ihres Alters Energieverschwender. Dieser Antrag zählt einige dieser drängenden Fragen auf und formuliert eine Reihe von Forderungen. Allerdings enthält dieser Antrag lediglich eine Aneinanderreihung von Absichtsbekundungen. Was fehlt sind konkrete Lösungsansätze und Maßnahmen. Dies entspricht auch der grundsätzlichen Linie der Bundesregierung in Sachen Klima- und Umweltschutz. Man sieht sich gern in der Vorreiterrolle und äußert ambitionierte Ziele. Es scheitert jedoch in den meisten Fällen an der Umsetzung. So sind zum Beispiel die Klimaschutzziele nach wie vor nicht gesetzlich geregelt, so dass bei Missachtung keinerlei Sanktionen folgen. Auch die Meeres- und Waldpolitik der Bundesregierung ist überwiegend an wirtschaftlichen Interessen und weniger am Naturschutz ausgerichtet. Der Antrag sieht unter anderem vor, den Sport in die Waldstrategie 2020 einzubinden. Bemerkenswert ist jedoch, dass diese Strategie bislang lediglich im Entwurfsstadium existiert, obwohl die Diskussion hierüber schon seit 2008 andauert und das Internationale Jahr der Wälder 2011 schon zur Hälfte vergangen ist. Ausgehend von diesem Strategieentwurf ist zu kritisieren, dass der Schwerpunkt auf der Holzwirtschaft liegt. Ein weiteres Problem sind die Sportstätten in Deutschland. Der überwiegende Teil ist dringend sanierungsbedürftig. Sie entsprechen zum Großteil nicht den modernen Anforderungen an Barrierefreiheit, Sicherheit und insbesondere nicht den energetischen Standards. Der Sanierungsstau wird bundesweit auf 42 Mrd. Euro geschätzt. Die meisten Kommunen und Vereine können sich eine Sanierung nach neuesten Klima- und Umweltstandards aus eigener Kraft nicht leisten. Der „Goldene Plan Ost“ wurde 2009 ersatzlos gestrichen. Notwendig wäre die Neuaufgabe eines bundesweiten Investitionsprogramms, wie es die Fraktion DIE LINKE. bereits seit längerem fordert, zur Instandsetzung und Modernisierung von Sportstätten. Nur so kann gewährleistet werden, dass sich bundesweit die Umweltbilanz der Sportstätten verbessert. Außerdem werden auf diese Weise auch Arbeitsplätze geschaffen, denn Investitionen haben immer auch eine Multiplikatorwirkung. Ein Förderprogramm oder konkrete Vorschläge sind in dem Antrag aber nicht vorgesehen. Gefordert wird weiterhin Rechtssicherheit beim Lärmschutz. Hierzu hatte die Fraktion DIE LINKE. einen Antrag auf Drucksache 17/1742 eingebracht, der abgelehnt wurde. Der Antrag der Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und FDP spricht nur von so genannten freien Jugendeinrichtungen, zum Beispiel Bolzplätzen. Dies ist jedoch nicht ausreichend. Darüber hinaus ist Bildung im Bereich Umwelt- und Klimaschutz für Kinder und Jugendliche sehr zu begrüßen, aber nicht hinreichend. Umweltbildung und -kommunikation muss unbedingt auch Eingang in die Trainerausbildung finden bzw. Bestandteil der Qualifizierung ehrenamtlich Engagierter sein. Schließlich ist auch ein Preis für umweltfreundliche Sportangebote in Verbindung mit Tourismus

vorgesehen. Allerdings nennt der Antrag auch hier keine konkreten Kriterien für die Vergabe eines solchen Preises. Aus den vorgenannten Gründen und weil der Antrag insgesamt die Probleme nur oberflächlich benennt, ohne wirkliche Lösungsvorschläge anzubieten, kann die Fraktion DIE LINKE. hier nicht zustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßt, dass die Regierungskoalition sich eines Themas annimmt, das bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit langem eine wichtige Rolle spielt – die Funktion des Sports für einen positiven Umgang mit Natur. Die Natur ist einerseits ein wichtiger Raum für den Sport, andererseits ist sie vielfältigen negativen Auswirkungen durch den Sport ausgesetzt. Der Antrag benennt explizit, dass Umweltbelastungen und Schäden durch Sportaktivitäten nach dem Verursacherprinzip getragen werden müssen und nicht an Dritte abgewälzt werden dürfen. Es ist also gut, seitens des Gesetzgebers eine systematische Verknüpfung von Umwelt- und Klimaschutz mit dem Sport einzufordern. Negative externe Effekte gibt es nicht nur beim Sporttreiben, aber eben auch hier müssen sie mit in die Gesamtkalkulation einfließen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilt und begrüßt diese Einschätzung der Koalition. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat dies seit Jahren gefordert. Internalisierung dieser Kosten bedeutet allerdings auch an vielen Stellen Erhöhung der Kosten für die Beteiligten. Davon ist in dem Antrag nichts zu lesen. Damit ist er vielmehr ein „Wohlfühlantrag“ als eine ehrliche Analyse der notwendigen Schritte. Wir brauchen mehr Umweltbildung für Kinder und Jugendliche, mehr Beratungsangebote für die Sportvereine sowie umfangreichere Forschungsprojekte am Bundesinstitut für Sportwissenschaften. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist gerne bereit, die Bundesregierung bei der Umsetzung der Forderungen dieses Antrags zu unterstützen. Es müssen allerdings konkrete Mittel dafür bereitgestellt werden, anstatt nur darüber zu reden. Der Antrag vertritt außerdem die Auffassung, dass die Bundesregierung und

die Sportverbände durch Leitprojekte schon jetzt in vielen Bereichen ihrer Verantwortung gerecht würden. Ein paar begrüßenswerte Leitprojekte sind aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNEN jedoch noch nicht genug. Davon, dass der Sport seiner „Verantwortung gerecht“ werde, kann erst dann die Rede sein, wenn verbindliche Standards auf allen Ebenen zur Selbstverständlichkeit geworden sind. Davon sind wir noch weit entfernt. Der Antrag lobt zu Recht die Nachhaltigkeitskonzepte der Fußballweltmeisterschaft der Frauen 2011 und der Olympiabewerbung 2018. Doch ohne besorgte Bürgerinnen und Bürger, Naturschutzverbände und grüne Politikerinnen und Politiker von der Kommunal- bis zur Bundesebene wäre es nie zu diesen Standards gekommen. Das Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzept der Olympiabewerbung München 2018 hätte im Falle des Zuschlags dazu dienen können, die negativen Auswirkungen auf die Umwelt so gering wie möglich zu halten. Angesichts der damaligen Vorbehalte gegenüber der Bewerbung in Teilen der Bevölkerung vor Ort und innerhalb der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält die Fraktion es jedoch für eine bodenlose Übertreibung, dass dieses Konzept laut Antrag „Sport im Einklang mit der Natur“ ermöglichen soll. Der Umweltschutz hat sich durch das kontinuierliche Engagement besorgter Bürgerinnen und Bürger etabliert. Es waren Menschen, die nicht locker gelassen haben. Da die Kritik der Gegnerinnen und Gegner beständig vorhanden war, dürfen wir auch bei der Olympiabewerbung 2018 nicht denken, unsere Hausaufgaben seien gemacht.

Die Forderungen und viele der Aussagen des Koalitionsantrags sind so allgemein formuliert, dass man nicht dagegen stimmen kann. Leider kommt an den entscheidenden Stellen, an denen man konkrete politische Vorschläge erwartet, zu wenig. Weiterhin erweckt der Antrag den Eindruck, alle Fragestellungen in diesem Zusammenhang seien bereits so gut wie gelöst, was wünschenswert, aber unzutreffend ist. Aus diesen Gründen enthält sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 26. Oktober 2011

**Klaus Riegert**  
Berichterstatter

**Martin Gerster**  
Berichterstatter

**Dr. Lutz Knopek**  
Berichterstatter

**Katrin Kunert**  
Berichterstatterin

**Viola von Cramon-Taubadel**  
Berichterstatterin



